



DER FINANZMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN  
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT

4000 DÜSSELDORF 30, 11. Juli 1986  
JÄGERHOFSTRASSE 6

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**INFORMATION**

**10/128** SA

Kabinettt verabschiedet Haushaltsentwurf 1987

Das Finanzministerium teilt mit:

Die Landesregierung hat am 8. Juli 1986 den Entwurf des Landeshaushalts 1987 verabschiedet.

Der Entwurf ist durch die konsequente Fortführung der Finanzpolitik der Landesregierung gekennzeichnet. Dies beinhaltet die Vertiefung und Verstärkung der Konsolidierungspolitik und die weitere, schrittweise Umsetzung der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 10. Juni 1985.

Bei den in der Regierungserklärung genannten Schwerpunkten der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden weiter Prioritäten gesetzt.

Der Finanzminister wird den Haushaltsentwurf am 17. September 1986 im Landtag einbringen. Nach der Terminplanung des Landtags soll er am 19. Dezember 1986 in dritter Lesung beschlossen werden.

## Finanzpolitische Grundlinie

Der Haushaltsentwurf geht von folgenden Eckdaten aus:

- Haushaltsvolumen	59,9 Mrd. DM
- Zunahme	2,0 Mrd. DM (+ 3,6 v.H.)
- Nettoneuverschuldung	5,6 Mrd. DM.

Mit einer Steigerungsrate von 3,6 v.H. überschreitet der Haushaltsentwurf zwar die Empfehlung des Finanzplanungsrates, das jährliche Ausgabenwachstum auf höchstens 3 v.H. zu begrenzen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß zum einen die Umstellung der Grunderwerbsteuerverteilung zwischen Land und Kommunen sowie zum anderen Mehrausgaben für die Kohle in Anpassung an den Bundeshaushalt bereits eine Steigerungsrate von 0,6 v.H. ausmachen.

Mit der Nettoneuverschuldung von 5,6 Mrd. DM beweist die Landesregierung erneut die konsequente Verfolgung ihrer Konsolidierungspolitik, denn dieser Wert war für 1987 schon in der Finanzplanung 1983 bis 1987, die das Planungsjahr 1987 erstmals erfaßte, vorgesehen. So war es möglich, die Kreditfinanzierungsquote von 11,6 v.H. 1986 auf 9,2 v.H. im Haushaltsentwurf 1987 zu senken und die Nettoneuverschuldung um 1.248 Mio. DM auf 5,649 Mrd. DM zurückzuführen. Ein noch niedrigerer Wert war letztmals bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1977 erreicht worden.

Die Verfassungsgrenze gemäß Art. 83 der Landesverfassung wird mit rd. 1.508 Mio. DM deutlich unterschritten.

## Gesunde Umwelt

Auch im Haushaltsjahr 1987 werden die Mittel für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes, für die Sicherung des Wasserhaushalts, für die Forstwirtschaft und für den Immissionsschutz auf hohem Niveau bleiben. Allein für die hier genannten Bereiche sind 816,6 Mio. DM im Haushaltsentwurf vorgesehen.

Besondere Schwerpunkte der Umweltpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen werden wie im letzten Jahr mit umfangreichen Mitteln ausgestattet:

- Für Naturschutz und Landschaftspflege sind wieder 80 Mio. DM vorgesehen.
- Dem Immissionsschutz dient die Förderung von Vorhaben zur Bekämpfung insbesondere von Luftverunreinigungen durch Kohlekraftwerke mit einer Summe von 87,5 Mio. DM.
- Für Altlastensanierungen sind wiederum 40 Mio. DM vorgesehen. 1985 hatte dieser Ansatz noch 5,5 Mio. DM betragen.
- Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Reaktorunglücks Tschernobyl hat die Landesregierung die Ausweitung der Meßstellennetze und die Erweiterung der Meßkapazitäten beschlossen. Im Haushaltsentwurf 1987 sind dafür 18 zusätzliche Stellen und Ausgaben von 9 Mio. DM vorgesehen.

#### Programm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Landesregierung wird ihr Programm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fortsetzen und damit der Situation auf dem Ausbildungsplatzmarkt in unserem Land Rechnung tragen. In diesem Programm, das vor allem auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes abzielt, sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sozialpädagogische Begleitmaßnahmen und ausbildungsplatzfördernde Maßnahmen zusammengefaßt.

Insgesamt werden für das Programm der Landesregierung im nächsten Jahr rd. 648 Mio. DM zur Verfügung stehen. Damit kann das Ausbildungsplatzangebot 1987 auf einem hohen Niveau gehalten werden. Die einzelnen Maßnahmen werden noch gezielter und wirkungsvoller auf die einzelnen Problemgruppen und Bereiche zugeschnitten.

Die Landesregierung unternimmt darüber hinaus alle Anstrengungen, um im Landesbereich zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

## Fortsetzung der technologischen und forschungspolitischen Offensive

Die Erwartungen, die in das Technologieprogramm "Zukunftstechnologien" gesetzt wurden, haben sich voll erfüllt. Das mit 400 Mio. DM ausgestattete Programm, das aus einem wirtschaftsfördernden und einem wissenschaftsfördernden Teil besteht, wird ungeschmälert fortgeführt. Im wirtschaftsfördernden Teil liegen für alle Technologiefelder, die die Landesregierung in ihre Förderung einbezogen hat, Projekte vor. Im Bereich der Hochschulen und der Forschung lassen sich neue Technologieprojekte besonders rasch realisieren. Von großer Bedeutung ist auch, daß dort bei vielen Projekten Drittmittel eingeworben werden können, die ein Zehnfaches der eingesetzten Landesmittel ausmachen. Aus einer Vielzahl von Maßnahmen sind die folgenden Projekte besonders hervorzuheben:

- Sicherung der Institute für Biotechnologie an der KfA Jülich,
- Aufbau des Laserzentrums in Aachen,
- Gründung des Aachener Zentrums für Erstarrung unter Schwerelosigkeit (ACCESS),
- Gründung des Instituts für Robotertechnik in Dortmund.

Im Haushaltsentwurf 1987 sind für diese Maßnahmen für den Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie 20 Mio. DM und für den Minister für Wissenschaft und Forschung 45 Mio. DM vorgesehen.

Für die Landesregierung ist das Programm "Sozialverträgliche Technikgestaltung" der weitere bedeutende Schwerpunkt der NRW-Initiative "Zukunftstechnologien". Das Programm soll helfen, daß der technische Fortschritt auch zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zu mehr qualifizierten Tätigkeiten genutzt wird.

Das "Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen" soll - wie in der Regierungserklärung angekündigt - 1987 zunächst mit einem "Kulturwissenschaftlichen Institut" und einem Institut "Arbeit und Technik" gegründet werden. Damit soll die wissenschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung um eine sozialverträgliche Technik und um die wechselseitige Beeinflussung von Kultur

und Technik konstruktiv weitergeführt werden. Die Landesregierung erwartet von diesem Wissenschaftszentrum Beiträge zur Lösung von grundsätzlichen und drängenden Gegenwartsproblemen und wissenschaftsfundierte Impulse für die ökonomische und ökologische Erneuerung Nordrhein-Westfalens.

#### Kommunaler Finanzausgleich

Das Land ist durch die Landesverfassung verpflichtet, den Gemeinden im Rahmen seiner eigenen Leistungsfähigkeit einen Finanzausgleich zu gewähren. Trotz stark eingeschränkter Leistungsfähigkeit des Landes sieht der Haushaltsentwurf vor, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände 1987 nicht weniger Finanzmittel vom Land erhalten als im laufenden Jahr. Dies soll im wesentlichen in folgender Weise erfolgen:

- Statt die Kommunen wie bisher mit 9/14 am Grunderwerbsteueraufkommen des Landes unmittelbar zu beteiligen, soll künftig die gesamte Grunderwerbsteuer in die Bemessungsgrundlagen des allgemeinen Steuerverbundes mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden einbezogen werden. Das führt im Ergebnis zu einer Einnahmeverbesserung für den Landeshaushalt von netto 307,5 Mio. DM.
- Die im Haushalt mit 178,4 Mio. DM veranschlagten Landesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr sollen künftig aus dem Kfz-Steuerverbund finanziert werden; der Landeshaushalt wird um Ausgaben in dieser Höhe entlastet.
- Als Verbesserung für die Kommunen steht diesen Kürzungsmaßnahmen der Fortfall der bisherigen Krankenhausumlage gegenüber, die die Gemeinden als Finanzierungsbeitrag für die Krankenhausinvestitionen des Landes zu entrichten hatten. Das entlastet sie in 1987 um 96 Mio. DM.

Für den allgemeinen Steuerverbund 1987 ergeben sich hieraus folgende Konsequenzen:

Entwurf: 9.425 Mio. DM  
Zunahme: + 611 Mio. DM oder 6,9 v.H.

Die Steigerung ergibt sich zu 438,5 Mio. DM aus der Zunahme der Verbundsteuern, an der die Kommunen wie bisher mit 23 v.H. beteiligt werden; ein weiterer Mehrbetrag von 172,5 Mio. DM resultiert aus der Einbeziehung der gesamten Grunderwerbsteuer (1987: 750 Mio. DM) in die Bemessungsgrundlage des allgemeinen Steuerverbundes.

Entscheidend im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung ist, daß die Schlüsselzuweisungen, die den Kommunen zur freien Verfügung gestellt werden, 1987 gegenüber 1986 um 445,9 Mio. DM oder 6,2 v.H. gesteigert werden sollen. Darüber hinaus werden 50 Mio. DM für strukturschwache Städte zum Abbau ihrer Haushaltsdefizite bereitgestellt. Außerdem wird die Investitionspauschale, die die Gemeinden für Investitionen nach eigenem Ermessen erhalten, um 48,4 Mio. DM auf insgesamt 482 Mio. DM aufgestockt. Alles in allem ergibt sich im allgemeinen Steuerverbund eine Aufstockung bei den frei verfügbaren Mitteln von rd. 544 Mio. DM. Hinzu kommt der Fortfall der bisherigen Krankenhausumlage, wodurch die Gemeinden in 1987 rd. 96 Mio. DM weitere frei verfügbare Mittel gewinnen.

#### Personalhaushalt

Mit dem Haushaltsentwurf 1987 setzt die Landesregierung im Personalhaushalt den seit 1981 eingeschlagenen Weg des Stellenabbaus fort. Es werden 1987 insgesamt rd. 3.700 Stellen eingespart, indem diese Stellen als "künftig wegfallend" gekennzeichnet werden; dies bedeutet, daß die Stellen nach Freiwerden entfallen. Der Haushaltsentwurf 1987 weist mit rd. 336.700 Stellen insgesamt rd. 16.000 Stellen weniger aus als 1981 mit rd. 352.700 Stellen. Der Stellenabbau ist in Bereichen vorgesehen, in denen aufgrund der demographischen Entwicklung eine dauerhafte

Aufgabenentlastung erfolgt und ein Stellenabbau ohne Beeinträchtigung der geltenden Ausstattungsstandards möglich ist:

- a) Im Schulbereich werden 1987 erneut rd. 3.500 Stellen einen Vermerk "künftig wegfallend" erhalten. Gleichwohl verbessern sich im Gegensatz zu den Vorjahren die Schüler-Lehrer-Relationen insgesamt, weil die Tarifabschlüsse betr. Arbeitszeitverkürzung auch im Schulbereich umgesetzt werden. Ohne diese Maßnahme wären bei gleichbleibenden Schüler-Lehrer-Relationen insgesamt im Jahre 1987 erneut 4.400 Stellen abzubauen gewesen.
- b) Im Hochschulbereich (ohne Medizinische Einrichtungen) erfolgt der Einstieg in einen der demographischen Entwicklung folgenden Stellenabbau dadurch, daß 165 Stellen einen Vermerk "künftig wegfallend" erhalten; seit dem Wintersemester 1983/84 ist nämlich die Studienanfängerzahl nachhaltig gesunken (- 18,5 v.H. ohne Medizin). Dieser Stellenabbau muß in den kommenden Haushaltsjahren in verstärktem Maße im Rahmen eines Strukturkonzepts fortgeführt werden, da der Umfang der Jahrgänge, aus denen sich die Studienanfänger rekrutieren, im Jahre 1995 gegenüber 1984 auf weniger als die Hälfte abgenommen haben wird.

Als flankierende Maßnahme ist - wie bisher - eine sechsmonatige Besetzungssperre für freie und freiwerdende Stellen geplant.

#### Steuereinnahmen

Zur Finanzierung seiner Aufgaben werden dem Land im Jahr 1987 Steuereinnahmen in Höhe von rd. 46,3 Mrd. DM zur Verfügung stehen. Gegenüber dem Steueransatz des Vorjahres sind dies 7 v.H. oder rd. 3 Mrd. DM mehr.

Die in den Haushalts-Entwurf 1987 eingestellten Steuereinnahmen basieren auf den regionalisierten Ergebnissen der letzten Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 26./28. Mai 1986.

In die Steuerschätzung einbezogen wurden die finanziellen Auswirkungen

- der Aufhebung der kommunalen Beteiligung an der Grunderwerbsteuer zum 1. Januar 1987,
- des zweistufig wirksam werdenden Steuersenkungsgesetzes 1986/88,
- der Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen bei Wirtschaftsgebäuden und Heizanlagen,
- des Steuerbereinigungsgesetzes 1986,
- der neugeregelten Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums sowie
- der Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab 1986 um 0,5 v.H. auf 35 v.H.

Die Einnahmesituation des Landes wird durch die Steuersenkungsbeschlüsse der Bundesregierung erheblich verschlechtert:

Die zweistufig für 1986 und 1988 wirksam werdenden Entlastungen addieren sich für das Land Nordrhein-Westfalen zu ansteigenden Mindereinnahmen von 1.390 Mio. DM in 1987 auf 2.840 Mio. DM 1990. Hinzu kommen die finanziellen Belastungen aus den beschlossenen Steuerrechtsänderungen zur Förderung der Bauwirtschaft, des Steuerbereinigungsgesetzes 1986 sowie der neugeregelten Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums, die, nach den bisherigen Berechnungen, zu steigenden Steuerausfällen von 308 Mio. DM in 1987 auf 517 Mio. DM in 1990 führen werden.

Durch die im Zusammenhang mit dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 beschlossene Anhebung des Länderanteils an der Umsatzsteuer um einen halben v.H.-Punkt auf 35 v.H. wird die Belastungssituation des Landes nur unwesentlich gemildert, da diese Änderung für das Land lediglich verhalten steigende Mehreinnahmen von 163 Mio. DM in 1987 bis 191 Mio. DM in 1990 bringen wird.